

Antrag 126/I/2024

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Mehrwertsteuersätze anpassen

1 Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer sozial-
2 demokratischen Vision. Als SPD setzen wir uns für eine ge-
3 rechte Verteilung von Wohlstand, Chancengleichheit und
4 sozialen Schutz für alle Bürger*innen ein. Angesichts der
5 wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, vor de-
6 nen unser Land steht, sehen wir die Notwendigkeit, die
7 Mehrwertsteuersätze anzupassen, beziehungsweise neu
8 zu regeln:

9

10 1. Der Mehrwertsteuersatz auf Trinkwasser, Obst,
11 Gemüse, Nüsse, Getreide, Hülsenfrüchte, Knollen,
12 Wurzeln, Müllereierzeugnisse, Tee, Kaffee, Gewürze,
13 Backwaren, Hygieneartikel und Arzneimittel ist auf
14 0% zu setzen. Diese Warengruppe für Produkte des
15 lebensnotwendigen, unmittelbaren Bedarfs ist ein-
16 deutig festzulegen.

17 2. Entsprechend der aktuellen Lebensrealitäten ist die
18 Liste der Waren und Dienstleistungen mit einer Be-
19 steuerung von 7% für die Bedarfe des täglichen Le-
20 bens und der Mehrwertsteuersatz von 19% für Kon-
21 sumprodukte neu zu ordnen und anzupassen.

22 3. Um unter anderem auch Steuerausfälle zu kom-
23 pensieren, sind Produkte und Dienstleistungen zu
24 definieren, die eindeutig zu zusätzlichen und so-
25 genannten "Luxusbedarfen" zu zählen sind. Es
26 gilt hier ebenfalls, ein besonderes Augenmerk auf
27 gesundheits- und klimaschädliche Produkte und
28 Dienstleistungen zu legen. Hier ist ein Mehrwert-
29 steuersatz von 21 % einzuführen.

30 4. Mit einer progressiven Steuerpolitik in Bezug zu Ver-
31 mögen und Einkommen, die dem Anspruch einer
32 echten Umverteilung folgt, somit ebenfalls dem Ziel
33 einer deutlichen Anhebung des Höchststeuersatzes
34 folgt und Freibeträge nach oben anpasst, kann ei-
35 ne über Konsumgüter regulierte Mehrwertsteuer in
36 der Perspektive entfallen.

37

38

39 Begründung

40 In Deutschland geht die Einkommens- und Vermögens-
41 schere immer weiter auseinander. In den letzten Jahren
42 sind die Löhne nominal kaum gestiegen, unter Beruck-
43 sichtigung der Preissteigerungen sind sie sogar gesunken.
44 Parallel dazu hat sich die Einkommensverteilung stark
45 zugunsten von Kapitaleinkünften verschoben. Internatio-
46 nale Preisentwicklungen, Wechselkursveränderungen des
47 Euro zum US-Dollar, hohe Weltmarktpreise für Energie

48 und Rohstoffe, Lieferengpässe und nicht zuletzt geopo-
49 litische Ereignisse wie der russische Angriffskrieg gegen
50 die Ukraine haben zu einer Inflationsrate geführt, die für
51 Menschen bis tief in die Mittelschicht existenziell bedroh-
52 lich ist. Diese Entwicklung wird begleitet von einer immer
53 stärker wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung.
54 Dadurch ist ein reichhaltiger Nährboden für populistische
55 und extremistische Rhetorik entstanden, dem sich antide-
56 mokratische Parteien wie die AfD geschickt bedienen.
57 Ein vergleichsweise kostengünstiger, schneller und sicht-
58 barer Hebel, um diesen Herausforderungen zu begegnen,
59 ist die Regulierung durch einen Nullsteuersatz auf
60 Grundnahrungsmittel und Arznei und einem Verbrauch-
61 höchststeuersatz von 21% für Luxusgüter. Es ist im In-
62 teresse des Gemeinwohls, dass der Staat bei Mitteln der
63 Basisversorgung eine ausgewogene und kontextualisier-
64 te Besteuerung sicherstellt. Die Bundesregierung muss
65 die Möglichkeit der Senkung der Mehrwertsteuer auf
66 Grundnahrungsmittel auf 0%, die es seit 2022 für alle
67 EU-Mitgliedsstaaten gibt, voll ausschöpfen. Dadurch wer-
68 den Verbraucher*innen unmittelbar finanziell entlastet.
69 Da die Mehrwertsteuer eine regressive Steuer ist, profitie-
70 ren Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen pro-
71 portional stärker als diejenigen mit hohen Einkommen.
72 Insbesondere werden so Menschen kurz über der Armuts-
73 schwelle erreicht, die mit Sozialleistungen nicht adressier-
74 bar sind. Laut seriöser Umfragen gibt es hierzu bereits ei-
75 ne breite Mehrheit und hohe Akzeptanz in der Bevölke-
76 rung. Es ist klug, daran anzuknüpfen und laut zu signa-
77 lisieren, dass die SPD bereit ist, proaktive Schritte zur Un-
78 terstützung der Bürger*innen zu unternehmen.